

Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnemente Preis in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl.
Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Aufdrucke für den Raum einer
sechsteligen Zeile in Periärist 2 Sgr.

Nr. 590. Mittag-Ausgabe.

Vierundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Deutschland.

Berlin, 16. Decbr. Die Fortschritte in der Genesung Sr. Majestät des Kaisers und Königs sind auch während der letzten Tage nicht unterbrochen worden, obgleich Allerhöchsteselben durch die Nachricht von dem Ableben Ihrer Majestät der Königin Elisabeth sehr ergriffen worden sind. (Reichsanz.)

O. C. Landtags-Verhandlungen.

3. Sitzung des Herrenhauses (vom 16. December).

11 Uhr. Am Ministerial-Camphausen, Leonhardt und mehrere Regierungskommissarien.

Der Präsident sucht zunächst die Erlaubnis des Hauses nach, aus Anlass des Todes der Königin-Witwe Sr. Majestät dem Kaiser und König die auf richtige Theilnahme des Hauses auszusprechen. Die Erlaubnis wird vom

Neu in das Haus eingetreten sind Dr. Dernburg für die Universität Berlin, Dr. Knoblauch für Halle und Graf. Koszoth.

An Regierungsvorlagen sind eingegangen ein Gehezentwurf betreffend die Abänderung des § 125 der Hannoverschen bürgerlichen Prozeß-Ordnung; ein Gehezentwurf betreffend die Ablösung der geistlichen u. s. w. Instituten zustehenden Realberechtigungen in der Provinz Hannover; endlich Uebersicht über den Fortgang des Baues und des Betriebes der Staatsbahnen. Diese Gehezentwürfe sind vom Präsidenten an die geeigneten Commissionen überwiesen worden. — Aus dem Abgeordnetenhaus sind folgende Gehezentwürfe an das Herrenhaus gelangt: Gesetzentwurf betreffend die Erhöhung der Erhebungssgebühr für die Einkommensteuer, Gehezentwurf betreffend die Berechnung des Kostenpauschquantums in Streitsachen der Armenverbände und Gehezentwurf betreffend die anderweitige Regelung der Grundsteuer in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein u. s. w. Außerdem sind noch eingegangen der Bericht der Spezialuntersuchungs-Commission; Uebersicht über die Verwaltung der fiscalischen Bergwerke u. s. w. für 1872; Uebersicht über die Beteiligung an den Wahlen zu den Kreistagen nach Maßgabe der Kreisordnung und die Uebersicht des Einnahmen und Ausgaben der Provinzial- und Communalverbände für 1869.

Außerdem liegt ein Schreiben des Präsidenten des Hauses der Abgeordneten vor, in welchem die Constituierung derselben angezeigt wird.

Das Haus hat zunächst zu beschließen über die geistliche Behandlung des Gesetzes, betreffend die Vereinigung mehrerer, jetzt zu Neuvorpommern gehöriger Distrikte mit Altpommern, dem Regierungsbezirk Stettin und den Kreisen Anklam und Demmin. — Der Gesetzentwurf wird dem Antrage des Herrn Hasselbach gemäß trotz des Widerspruchs des Grafen Kraßow durch Beratung im Hause erledigt werden.

Der Gehezentwurf betreffend die Aufhebung der Kalender- und Zeitungsstempelsteuer soll dem Antrag des Herrn Becker (Halberstadt) gemäß durch Schlüberatung erledigt werden. Baron Senfft-Pilsach dagegen beantragt Beratung in einer besondern Commission; denn es handelt sich hier nicht bloß um eine finanzielle Frage; nach der Aeußerung liberaler Redner nehme die Corruption der Presse täglich zu. Es ist zwar ein Freund der Pressefreiheit, aber nicht der Freiheit der Corruption. Die liberalen Parteien befinden sich in Übereinstimmung mit dem Papste, der auch von der wachsenden Corruption der Presse gesprochen habe. Außerdem hätte die Regierung nur 6 Stimmen im Abgeordnetenhaus für sich gehabt. Redner ist der Meinung der Minister, daß die Sache gründlich untersucht werden möge.

Der Finanzminister: Es handelt sich hier nicht um einen Gegensatz der liberalen und conservativen Parteien, alle Parteien waren zur Ueberzeugung der Staatsregierung im Einflang. Der Standpunkt der Staatsregierung ist einfach. Sie hat im Bundesrat einen Gehezentwurf über die Presse eingeführt und hält es nicht für zweckmäßig inzwischen für Preußen eine Veränderung der Zustände einzutreten zu lassen, weil die Sache für das ganze Reich geordnet werden soll.

Herr Masch meint, weil die Steuer nur in Preußen, nicht im ganzen Reiche bestehet, könne sie sehr wohl in Preußen aufgehoben werden, ohne der Reichsgegesetzgebung Schwierigkeiten zu machen.

Das Haus beschließt den Gehezentwurf nicht einer Commission zu überweisen, sondern durch Vor- und Schlussberatung im Hause zu erledigen.

Die Gehezentwürfe betr. die Abänderung des § 125 der hannoverschen bürgerlichen Prozeßordnung, betr. den Beginn der Gesetzeskraft der durch die Gehezammlung verhinderten Gesetze, betr. die Berechnung des Kostenpauschquantums in Streitsachen der Armenverbände, betr. Erhöhung der Erhebungssgebühr für die Einkommensteuer und betr. die anderweitige Regelung der Grundsteuer in den Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein u. s. w. werden ohne Debatte genehmigt.

Schluss 12^{1/4} Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch, 10 Uhr. (Antrag des Grafen zur Lippe; Wahl zur Staatschuldencommission, Zeitungssteuer.)

20. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 16. December).

11 Uhr. Am Ministerial-Dr. Falt.

Von dem Abg. Schmidt (Stettin) ist ein Antrag auf Aufhebung des Lehnsvorbandes in der Provinz Pommern eingegangen.

Auf der Tagesordnung steht die von dem Abg. von Lubenski eingebrachte, vom Centrum und den polnischen Abgeordneten unterstützte Interpellation:

1) Ist der Staatsregierung bekannt, daß — nachdem an mehreren höheren Lehranstalten des Großherzogthums Posen der öffentliche Religionsunterricht aufgehört hat — in Folge des Rekripts des Provinzial-Schul-Collegiums vom 17. September 1873 den Eltern katholischer Kinder, bei Strafe der Entfernung ihrer Kinder aus der Anstalt, untersagt wird, dieselben privat in der Religion unterrichten zu lassen; — 2) und welche Schritte hat die Staatsregierung gethan, oder beabsichtigt dieselbe zu thun, um diesem trostlosen Zustande ein Ende zu machen?

Abg. v. Lubenski: Gegen unsere Religion und Sprache zugleich wird von dem jetzigen Cultusministerium ein System eingefügt, dessen Freiheitsfeindlichkeit um so mehr entrüstet muß, als es unter der Firma des Liberalismus gehandhabt wird. Beante erlassen vom grünen Tische ohne Prüfung des Willens oder der Bedürfnisse der Bevölkerung Dekrete über ihre Sprache, das Recht und die Anwendbarkeit derselben und nehmen mit einem Federstriche der Jugend sogar das Recht des Religionsunterrichtes, der ihr in fremder Sprache beigebracht werden soll. Die Regierung scheint durch ihre kirchenpolitischen Reformen auch die polnische Unterrichtssprache aus allen Schulanstalten entfernen zu wollen. Wie anders rezipirte der Minister von Altenstein unter dem 23. December 1822 an die Regierung zu Posen: „Religion und Sprache sind die höchsten Heiligtümer einer Nation, in denen ihre ganze Geheimhaltung und Begriffsweise gegründet sind. Eine Obrigkeit, die diese anerkennt, achtet und schützt, darf sicher sein, die Herzen der Untertanen zu gewinnen; die Obrigkeit aber, die sich gleichgültig dagegen zeigte oder gar Angriffe darauf erlaubt, erbittert und entwürdigte die Nation und erzeugt sich schlechte und ungetreue Untertanen.“

Wer etwa glauben wollte, daß es zur Bildung der polnischen Nation beitragen würde, wenn sie wenigstens der Sprache nach germanisiert würde, der möchte sich in einem großen Irrthum befinden. (Hört!) Den Gebrauch der Unterrichtssprache regelte bisher die Ministerial-Instruktion vom 24. Mai 1842, welche die Notwendigkeit der Erlernung der deutschen Sprache zu verlangen, sich bei der Einführung derselben in den Schulunterricht von pädagogisch richtigen und menschlich vernünftigen Grundfächern leiten ließ. Als Grundzog war darin anerkannt, daß bei den polnischen Schülern in allen Schulanstalten des Landes bis zu einer gewissen Stufe in der Muttersprache vorgearbeitet werden müsse, um demnächst durch den deutschen Unterricht zu einem pädagogisch richtigen befriedigenden Resultate in der Schulbildung zu gelangen. Das dieser Standpunkt der richtige gewesen ist, selbst im Interesse der Erlernung der deutschen Sprache, das können Sie ja hier an Ihren polnischen Collegen sehen; wir sind fast alle auf Schulanstalten erzogen, die nach jener Ministerial-Instruktion behandelt wurden. Diese ist noch 1871 auf dem Provinzialtag von Deutschen und Polen, namentlich aber von

dem damaligen Ober-Präsidenten anerkannt und hat derselbe den Provinzial-Landtags-Mitgliedern seine Verwendung in dieser Richtung bei der königl. Regierung zugesagt. Demgegenüber ist vom Ministerium in übermäßigem Germanisierungstrotz ein Verfahren eingefügt, welches einerseits jener Instruktion von 1842, andererseits aber allen pädagogischen Billigkeits- und Nationalitätsrüstungen schmerzlich zu widerstehen. Nach und nach suchte man im Gymnasialunterricht die polnische Sprache zu verdrängen, anfangs in allen bis auf die beiden untersten Klassen; nunmehr nach einer Anordnung vom 15. October 1872 und 26. October 1873 selbst in den Elementarstufen mit Ausnahme des Religionsunterrichts und Kirchengesanges. Die Vernunftlosigkeit dieses Systems gipfelt aber in der Verordnung des Posener Schul-Collegiums vom 17. September 1873. Es wird darin den Kindern katholischer Eltern die Möglichkeit genommen, den Religions-Unterricht in der Schule zu genießen, bei Strafe aber der Entfernung aus der Anstalt verboten, denselben privat zu genießen. (Hört! hört!)

Ich selbst habe Söhne auf dem Marien-Gymnasium zu Posen und mußte einen Revers unterzeichnen, um meine Wissenschaft mit dem Inhalt derselben zu bekennen und zugleich zu verpflichten, meine Kinder bei Strafe der Entfernung aus der Anstalt privat in der Religion nicht unterrichten zu lassen. (Hört! hört! Puul!) Der betreffende Passus des Rekripts vom 17. September 1873 lautet: „Auf Grund der uns ertheilten Ermächtigung untersagen wir daher hiermit den Schülern der höheren Lehranstalten der Provinz den Besuch der gedachten Privat-Religionschulen und bestimmen, daß diesem Verbot im Halle des Ungehorsams durch Entlassung der betreffenden Schüler von der Anstalt Nachdruck gegeben werde.“ Vielleicht wird der Herr Cultusminister mich dahin befragen wollen, daß es nur den früher angestellten Lehrern verboten werden, privat Religionsunterricht zu ertheilen. M. h. obgleich ich dieses Verfahren als ein ganz ungerechtfertigtes bezeichne, so werde ich dem Herrn Cultusminister Beweise vorbringen, daß ein jeder Privatunterricht von Geistlichen, die keine Lehrer an den Anstalten gewesen sind, bei Geldstrafe untersagt worden ist. Der Rittergutsbesitzer v. Wolniwicz auf Dembicz bei Schroda hat seine Kinder auf der Realschule in Posen. Er wandte sich an den Director der Anstalt, Dr. Geiß, mit der Bitte, ob ein Geistlicher, der nicht Lehrer an der Anstalt war, seinen Kindern privat am Religions-Unterricht ertheilen dürfe. Der Bescheid des Directors lautete, daß er laut einer vom Provinzial-Schul-Collegium ihm gegebenen Instruktion sich verantworte sehe, allen Realschülern die Erlaubnis zur Theilnahme an dem Religions-Unterricht des Herrn Vicar Daltonski zu verjagen. Der Ortsgeistliche Semiczkonst, der auch kein Lehrer an dem Gymnasium zu Ostrowo ist, wollte den katholischen Schülern den Religions-Unterricht in der Kirche ertheilen, dies wurde ihm bei Geldstrafe untersagt.

Derselbe Fall fand an dem Gymnasium in Schrimm mit dem Ortsgeistlichen Nagiz statt. Somit ist den katholischen Schülern der Religionsunterricht bei Strafe gänzlich untersagt, ein Alt der Religionsverfolgung, der sich durch keine liberalen Phrasen, durch keine alleinseligmachende und staatliche Rücksichten weder beschönigen noch rechtfertigen läßt. (Sehr wahr! im Centrum.) Rennen Sie das Rekript, wie Sie wollen — es bleibt immer ein dunkler Punkt in der nicht immer lichten Geschichte der preußischen Bureaucratie, ein in der deutschen Geschichte unerhörter Alt von Religionsverfolgung. Einem derartigen Verfolgungssystem Seitens eines auf den Pfählen der religiösen Toleranz und des Nationalitätsprinzips ruhenden Staates muß in seinem eigenen und im Interesse der Gerechtigkeit ein Ziel gesetzt werden. Selbst zu Ehren des glücklich befreiteten österreichischen Regierungssystems muß gesagt werden, daß es auf den italienischen Provinzen seiner Zeit nur politisch lastete, die Religion und Nationalität aber unangefasst lässt. Sollte es der preußischen Regierung und einer national-liberalen Landesvertretung vorbehalten sein ein System zu fördern, das selbst für das österreichische Regiment in Italien zu schade war? — Ich darf nach allem wohl hoffen, daß das Rekript vom 17. September d. J. aufgehoben werden wird, es müßte denn um jeden Preis darauf abgesehen sein, eine religionslose Jugend erziehen und uns Polen zu Deutschen umstempeln zu wollen. Das aber, m. h., wird Ihnen niemehr gelingen, wir vertrauen auf eine höhere Gerechtigkeit: deus mirabilis, fortuna variabilis! (Wurff bei den Polen und im Centrum.)

Cultusminister Dr. Falt: Den verehrten Mitgliedern, die dem Hause bereits in der früheren Session angehört haben, wird erinnerlich sein, daß der Abg. v. Wierzbinski eine ähnliche Interpellation an die Staatsregierung gerichtet hat. Ich habe damals geantwortet, die Verfügung ginge dahin, daß der Religionsunterricht in derselben Sprache ertheilt werden sollte, die in den betreffenden Klassen die Unterrichtssprache bildet, damit alle Schüler zu dem richtigen Verständnis der Sache gelangen. Es ist auf das Verständnis derselben, was gelehrt wird, ein ganz besonderes Gewicht gelegt worden, und die Behauptung ist unwichtig, daß es sich darum handele, den Schülern den Religionsunterricht in einer Sprache zu ertheilen, die sie nicht verstehen. Wo die deutsche Sprache nicht ausreicht, soll auch die polnische als Lehrsprache mit zu Hilfe genommen werden. Diese Thatsache ist von der Staatsregierung wiederholt ausgesprochen und darauf hingewiesen worden, daß diese Weise bereits in Uebung sei. Es ist dies des Längeren und Breiteren auch dem Erzbischofe von Gniezen und Posen wiederholt auseinander gesetzt worden. Es handelt sich um eine rein pädagogische, nicht um eine kirchliche Frage; nichtsdestoweniger meint der Erzbischof, er habe nicht nur die Aufsicht zu führen über den Inhalt derselben, was gelehrt wird, sondern auch zu bestimmten, in welcher Sprache es gelehrt werden solle (Hört! hört!), deshalb hatte er ein Circular an alle Religionslehrer erlassen, die damals an den höheren Lehranstalten fungirten. Er führt darin eben unrichtiger Weise aus, daß die Schüler in einer Sprache unterricht werden sollen, die sie nicht verstehen; er hebt hervor, welche Pflicht er als Bischof diesem Umstand gegenüber habe und disponirt nun, daß in den Klassen bis Tertia inclusive wie bisher in der Muttersprache, also bei polnischen Schülern polnisch, der Religionsunterricht zu geben wäre, und erlaubt ihnen, eine Minderzahl von deutschen Schülern zu berücksichtigen, ohne es vorzuschreiben und sagt dann: einer schmerlichen Notwendigkeit fügt fügend, wolle er bis auf Weiteres damit einverstanden sein, daß in Secunda und Prima der Religionsunterricht auch denjenigen Schülern, deren Muttersprache die polnische sei, in deutscher Sprache ertheilt werde.

Es war damit ein Zustand hergestellt worden, in welchem sich die Anordnungen der zur Aufsicht über die pädagogischen Momente berufenen Staatsbehörde in schneidenden Widerspruch stellten mit den Anforderungen des Erzbischofs von seinem kirchlichen Standpunkte aus. Natürlich gerieten die Lehrer in der Anstalt in eine sehr üble Lage. Der Staat, der nie angeordnet hatte, verlangte von ihnen das Eine, der Bischof, der ihnen die missio canonica ertheilt hatte, verlangte das Entgegengesetzte. Die Staatsregierung hat sich bemüht gefunden, in eine ziemlich ausgedehnte Correspondenz mit dem Erzbischof über diese Angelegenheit zu treten, indessen ohne Erfolg, und war nun so weniger, als am 24. März 1873 ein päpstliches Breve an den Erzbischof ergangen war, daß ihn wegen seiner Haltung ausdrücklich belobte (Hört links!) und ihm besondere Glückwünsche zugehen ließ, freilich auch immer von dem Standpunkte aus, daß der Religionsunterricht nach Anordnung der Regierung „in einer der Mehrheit der Schüler verständlichen Sprache“ — das sind die Worte der Übersetzung — ertheilt werden solle. Die Folge davon war nun, daß nur an wenigen Stellen, an welchen die Anordnungen des Staates und des Bischofs den betreffenden Lehrern gegenüber sich deckten, die Sache im status quo erhalten werden konnte. Die Staatsregierung, die unter allen Umständen ihren berechtigterweise erlassenen Verfügungen einem unberechtigten Widerstand gegenüber Nachdruck zu verleihen hatte, war nun genötigt, gegen diejenigen Religionslehrer — und es waren alle, bei denen die Frage in Betracht kam, nur einer schied freiwillig aus — vorzugeben. Die Staatsregierung ist genötigt gewesen, denjenigen, die nur commissarisch mit dem Unterricht beauftragt waren, zu kündigen und gegen den einen definitiv angestellten Lehrer ein Disciplinaryverfahren einzuleiten, welches gegenwärtig noch schwelbt.

Die Staatsregierung hielt sich verpflichtet, um nur den Religionsunterricht noch ferner an den Anstalten gegeben zu sehen, dasjenige zu thun, was sich überhaupt in der Sache thun ließ. Viel war es nicht. Es lag ja zu Tage, daß andere Geistliche unter der Voraussetzung, daß sie den Religionsunterricht in den vorgeschriebenen Grenzen in deutscher Sprache zu ertheilen hätten, vom Erzbischof mit der missio canonica nicht versiehen werden würden. Es deshalb nichts Anderes übrig geblieben, als um die Unterweisung in der Religion nicht gänzlich auszusehen, dem Gedanken Raum zu geben,

dass, wie das früher vielfach der Fall war, auch Nichtgeistliche mit dem Religionsunterricht beauftragt würden, infolfern sie die Qualification dazu erlangt hätten. Ich habe deswegen den betreffenden Prüfungscommissionen den Auftrag gegeben, soweit der Staat überhaupt darüber verfügen kann, die Candidaturen des Laienstandes, die sich bei ihnen milden würden, in der Religion zu prüfen. Es ist das nicht etwas absolut in Wegfall Gefomenes; denn es hat sich bei dieser Erörterung gefunden, daß einer der angestellten Gymnasiallehrer sich bereits vor Jahren bei der Prüfungscommission in Münster in gewissen Grenzen die Qualification für den Religionsunterricht erworben hatte. Es lag in der Natur der Sache, daß dieser Religionsunterricht nichts Anderes sein könnte als eine Unterweisung, von einer Seelsorge insbesondere, die sonst nach Auffassung der katholischen Kirche immer mit dem Amt eines Religionslehrers an Gymnasien in Verbindung gebracht wird, nicht die Rede sein könnte. Was ferner die sogenannte missio canonica welche der Erzbischof einem Geistlichen ertheilt, wenn er das Amt eines Religionslehrers einer höheren Anstalt bekleiden soll, betrifft so, kann dieselbe für den Staat nur nach zwei Seiten hin eine Bedeutung haben.

Die Staatsregierung wird dabei nur informieren berüth, als durch die missio canonica zum Ausdruck gebracht ist, daß die betreffenden Lehrer die katholische Confession zu lebren befähigt sind, daß gegen ihren Wandel nichts Bedenkliches besteht und daß der Herr Erzbischof so lange er die missio canonica ertheilt, darauf verzichtet, dem betreffenden Geistlichen ein anderes Amt zuzuwiesen. Von diesen Momenten könnte das eine nicht in Betracht kommen, nämlich die Frage, ob der Bischof den betreffenden Personen den Urlaub gegeben haben würde, denn die Leute, um die es sich hier handelt, standen nicht unter seiner Befähigung, es waren angestellte Lehrer von höheren Lehranstalten, wohl aber blieb das andere Moment stehen, sich darüber zu vergewissern, ob gegen die Auswahl der Persönlichkeiten, deren wissenschaftliche Qualification die Prüfungscommission feststellte, Einwendungen nicht ergingen in Bezug auf Lehre und Wandel. In dieser Beziehung ist der Herr Erzbischof gefragt worden, er hat sich aber von seinem provinziellen Standpunkte aus auf eine nähere Erörterung der Frage nicht eingelassen. Nichtsdestoweniger lehren gegenwärtig einzelne Laien die Religion an höheren Lehranstalten der Provinz Posen. Der Herr Erzbischof ist bei der Weigerung nicht stehen geblieben, die er den untergebenen geistlichen Religionslehrern in Bezug auf ihre geistliche Stellung gegeben hat, er hat vielmehr einen weiteren Schritt gethan, den wiederum die Staatsregierung zu anderen Schritten geführt hat. Er hat, um den Schülern der höheren Anstalten, die nun in Folge seiner Anordnung einen geordneten Religionsunterricht in der Schule nicht genießen konnten, einen privaten Religionsunterricht zu verschaffen, gewisse Geistliche mit der Ertheilung des Unterrichts beauftragt, und zwar ist das in folgender Weise geschehen: Er hat diesen Auftrag nur ertheilt für die Orte, wo sich höhere Lehranstalten befinden, und für die Schüler dieser Lehranstalten, denen er den Unterricht selbst unmöglich gemacht hat.

Es ist ferner die Einrichtung dieses Unterrichtes so getroffen, daß sie vollständig der Einrichtung in der Schule, so wie er sie zugeben wollte, entspricht. Es sind besondere Classen errichtet worden, für jede Classe ist das bestimmte Ziel, wie es der Schule gestellt werden soll, gestellt worden; es ist, wo es möglich war, sogar die für die Schule bestimmte Stundenzahl festgelegt worden. Der Erzbischof ist soweit gegangen, daß er angeordnet hatte, in der Secunda und Prima solle der Religionsunterricht in deutscher Sprache nothgedrungen ertheilt werden, daß er, sage ich, bei einem Gymnasium einem Lehrer diesen Auftrag gegeben hat, der nach amtlichem Berichte sich im gewöhnlichen Leben nicht einmal gehörig in deutscher Sprache unterhalten kann, und der nun diesen Unterricht in der Weise ertheilt, daß er einen deutlichen Leitfaden nimmt und aus demselben vorliest. (Ruf: Name!) Ich weiß den Namen des Lehrers nicht auswendig, er lehrt in Wongrowitz (Ruf: Gladitz!). Nein, der ist gegenwärtig in Iowraclam, der spricht sehr gut deutsch. Außerdem ist auch, um eine vollständige Gleichheit mit der Schule herzustellen, ein Schulgebet eingeführt worden, und endlich sind an den meisten Orten gerade diejenigen Lehrer an die Spitze dieses Organismus gestellt worden, die von der Staatsregierung von den Anstalten entfernt waren. Nun, meine Herren, wenn man soche Verhältnisse vor sich hat, so ist es doch klar, daß es sich hier in allererster Linie darum handelt, daß der Erzbischof außerhalb der Schule in seinen Willen durchsetzen wollte, und er förmliche Privatschulenunterricht hat neben den Gymnasien.

Die Autorität des Staates mußte gegenüber solcher Thatsache gewahrt werden und die Instruktion vom 31. December 1839 gab in dieser Beziehung dazu das Mittel. Ich habe das Provinzial-Schul-Collegium seinem Auftrage gemäß und resp. die Regierungen unterm 13. September angewiesen, gegen diese unbefugten Privatschulen mit geistlichen Mitteln vorzugehen. Ich bin bis zu diesem Augenblicke nicht unterrichtet, was in Folge dessen geschehen und wie weit die Sache gediehen ist. Anscheinend sind Conflicte wenigstens nicht vorgekommen; denn drei Monate sind es bereits her; ich sage an jedem einen, denn ich weiß es nicht. Aber damit war der Sache noch nicht ausreichend gediengt. Es ist vielleicht nicht ganz leicht, diese An

Es ist folgender Fall constatirt worden: Einer der Leiter einer solchen Privatschule hat einen bekannten Aufsatz der "Germania" über die Sedanfeier in Polen in besonderen Abzügen drucken lassen, sich selbst daran als Herausgeber bezeichnet und eine Anzahl von Exemplaren einem Schüler gegeben, um sie in der Klasse zu verbreiten. (Hört! hört!) Er hat freilich hinterher erklärt, es seien da einige Missverständnisse vorhanden gewesen: wenn er zu dem Schüler gesagt hat, er könne sich auch ein Exemplar erhalten, so habe er damit den Vater des Schülers gemeint. Wenn er gesagt habe, jener sollte der Krause — so heißt ein Mitbücher — ein Exemplar geben, so habe er damit den Studiojus der Medicin Krause gemeint. Unglücklicherweise aber, m. h. hat dieser nach dem mir vorliegenden Vernehmungsprotokoll die Richtigkeit dieser Erklärung auf das energischste bestritten. Nun, m. h., das waren die Zustände, deren gegenüber sich die Unterrichtsverwaltung nach den Anordnungen des Erzbischofs befand. Ich sollte doch meinen, daß Sie aus das Deutliche in diesen Momenten die Keime seien, die in ihrer weiteren Entwicklung in früherer Zeit zur Auflösung des Gymnasiums in Tczewno geführt haben und keine einer vollständigen Auflösung des ganzen höheren Schulbesens in der Provinz Polen. Und darum, m. h., habe ich den Provinzial-Schulegion den Auftrag gegeben, unter eingehender Darlegung der Verhältnisse und des wahren Thatbestandes an die Eltern der Kinder, die sich auf den höheren Schulen befinden und die diese Privatschulen besuchen, die Aufforderung zu richten, sie aus diesen Schulen zu nehmen, und ferner, weil kein anderes Mittel übrig bleibt, um schwere Schädigungen von dem Unterrichtswesen in der Provinz Polen abzuwenden, dagegen dem Befehl oder richtiger der Aufforderung keine Folge gegeben wird, das Provinzial-Schulegion angewiesen, die Kinder derjenigen Eltern, welche dieselben in diese Privatschulen schicken, von den Anstalten zu entfernen. (Unruhe. Auf! Sehr richtig!)

Es ist nicht von mir bestimmt worden, und auch nicht von den Provinzialschulegion — der Herr Abgeordnete, der die Interpellation gestellt hat, hat ja die betreffende Stelle gelesen — daß jeder Privatunterricht in der Religion außerhalb der Anstalt ein unstaatlicher sei. Mit einer solchen Anordnung würde sich das Provinzialschulegion im Widerspruch befinden mit den allgemeinen Anordnungen. Wenn der Herr Abgeordnete sich auf das Marien-Gymnasium in Polen beruft und hier einen Namen nenne, so muß ich, so weit ich mich der Namen erinnere, meinen, daß diesen Namen gerade der Lehrer trägt, der gegenwärtig die Privatschule leitet und der vor der Anstalt entfernt war, respektive der jetzt noch unter Suspension steht, und sich in Disziplinaruntersuchung befindet. Daß man nach dem gegebenen Verhältnis die Kinder nicht an diesen Lehrer geben kann, das versteht sich wohl von selbst. Sollte die Sache anders sein, insbesondere es sich um keine Privat-Religionschule handeln, nun so würde doch einem betreuenden Vater der Weg der Beschwerde mit aller möglichen Ausfertigung auf Remedium offen stehen, wie ich es eben angekündigt habe. Ich wiederhole also: es ist nicht richtig, daß das Provinzialschulegion angeordnet hat, es solle kein Privat-Religionsunterricht außerhalb der Schule ertheilt werden, sondern es hat nur angeordnet: in jene Privat-Religionschulen soll kein Schüler mehr gehen.

Meine Herren, diese Anordnung habe ich treffen müssen, weil ich sonst hätte glauben müssen, die mir als Unterrichtsminister obliegende Verantwortlichkeit nicht tragen zu können. (Lebhafte Beifall, Bischen im Centrum.)

Auf den Antrag des Abg. v. Jazdewski tritt das Haus in die Discussion des Gegenstandes ein, zu der sich zahlreiche Redner, fast nur aus dem Centrum (u. A. v. Gerlach) und der polnischen Fraktion, zum Worte melden.

Abg. v. Jazdewski: Die Antwort des Cultusministers auf die Interpellation des Abg. v. Wierzbinski am 7. Februar d. J. war durchaus ungünstig. Sie wird durch die eine Thatsache entkräftet, daß die Instruction vom Jahre 1842 eine getreuliche Bestimmung ist, welche durch die Cabinetsordre vom 26. October 1872 nicht einheitlich aufgehoben werden konnte. Der Cultusminister hat auf die Belobigung des Erzbischofs von Polen wegen seines Verhaltens durch den Papst hingewiesen. Es wird ja uns Katholiken hier fortwährend der Vorwurf gemacht, daß wir das Nationalitätsprincip nicht anerkennen. Durch seine Belobigung des Bischofs wegen Vertheidigung des Nationalitätsprincips hat der Papst diesen Vorwurf gründlich widerlegt. (Gelächter links.) Die Staatsbehörden haben nicht nur die vom Erzbischof angefeindeten Religionslehrer aus der Anstalt entfernt und ihnen den Privatunterricht in der Religion untersagt, sie haben sogar dem Bistum von Ostrowo unter Androhung einer Strafe von 50 Thlr. verboten, den Unterricht in der Kirche zu ertheilen. Wenn die Staatsregierung meint, ihre Macht bis auf das auszudehnen, was unsere Geistlichen in der Kirche lehren sollen, so überstreicht sie durchaus ihre Befugnisse.

Die Lehrer, die den Privatunterricht in der Religion nach Anordnung des Bischofs ertheilen, haben dafür von den Schülern keineswegs ein festes Schulgeb erhalten, es wurde nur den Eltern anheimgestellt, den Lehrern für ihre Wahrnehmung ein freiwilliges Opfer darzubringen. (Seiterkeit links.) Die Verhältnisse in unserer Provinz sind allerdings so weit gediehen, daß der nationale Gegenseitigkeit heute bei uns stärker zu Tage tritt als je zuvor, und wenn dies Gefühl des Gegenseitigkeit bis auf die Unterquartier herab sich in den Lehranstalten und giebt, ja hat dies nicht der Erzbischof von Polen, sondern der Cultusminister verhindert. Der Erzbischof ist zu der Errichtung des Privat-Religionsunterrichtes erst geschritten, nachdem Tausende von Familienvätern ihm dringend darum ergeht hatten, welche ihre Kinder nicht ohne Religionsunterricht aufwachsen lassen wollten. M. h., die Zustände sind in unserer Provinz in der That unerträglich geworden und es ist für die Regierung hohe Zeit, in ihren Maßregeln einen anderen Weg einzuschlagen, wenn wir nicht traurige Erfahrungen machen wollen. Von den Herren aber, die ja hier immer die liberalen Ideen verfechten, kann ich erwarten, daß sie uns in Abhilfe unserer gerechten Klagen Beistand leisten. Wir bemühen uns gewiß in aller Weise, den Staatsbehörden keinen Anlaß zu geben, in so rücksichtsloser Weise gegen uns vorzugehen, aber die Regierung thut Alles, um uns in dem, was uns heilig sein muß, zu kränken und aufzustacheln. (Beifall im Centrum.)

Abg. Witt (Polen): Nach den klaren Darlegungen des Hrn. Cultusministers und da es, wie ich meine, feststeht, daß die Staatsregierung sich auf gesetzlichem Boden befindet und keines der bestehenden Geiste versteht hat, haben wir keine Veranlassung ihr nach dieser Seite hin Vorwürfe zu machen. Sie hat gethan, was dem Herrn Erzbischof gegenüber zu thun nothwendig war und wir deutschen Bewohner der Provinz sind ihr dankbar dafür, daß sie bemüht ist, die Bildungsanstalten gegen die von verschiedenen Seiten eindringenden Einflüsse zu verteidigen und sie davon zu reinigen. In früheren Jahren haben die Herren (die Polen) den Erzbischof wegen seines Mangels an national-polnischem Eifer sehr heftig in ihren Blättern bekämpft; jetzt, wo er in ihrem Sinne handelt, freuen Sie sich, daß er die Maßregeln, die er früher ruhig in der Tasche behalten hat, zum Vortheil bringt. Ich warne die Herren: die Zeit wird kommen, wo er Sie, nachdem er Sie gebraucht hat, wieder fallen lassen wird. (Ruf aus der polnischen Fraktion: „Wir lassen uns nicht gebrauchen.“) In Bezug auf die Sprachenfrage, die hier leider wieder angeregt worden ist, vertreten die Herren eine einseitige, von der ganzen Bevölkerung durchaus nicht getheilte Richtung. Mir ist wiederbolt für mein Auftreten in diesem Hause gedankt worden, auch von polnischen Mitgliedern. (Ein Pole ruft: glaub's nicht!) Sie erkennen es als ihr Interesse, als das ihrer Kinder, an die deutsche Sprache zu cultiviren. Die Parallelläden in den höheren Lehranstalten verlangen von den Kindern nur ein doppeltes Lernen, Regeln und technische Ausdrücke sind in der einen Sprache erlernt und wenn in den höheren Klassen die deutsche gebraucht wird, so muß Alles nochmals gelernt werden. Das erschwert das Lernen.

Wenn ich zu Polen aus der unteren Volksklasse gesagt habe, daß ihre Abgeordneten in dieser Sache ein ganz anderes Streben vertreten, so wurde mir geantwortet: „Ja, nein Herr, das sind die Rittergutsbesitzer, die Edelleute, die lassen ihre Kinder in Berlin erziehen, oder in Frankreich, oder in Belgien, und haben die Mittel dazu; aber wir haben sie nicht und die Herren wissen nicht, wie einem Vater zu Nutze ist, wenn er späterhin sein Kind in den kleinen engen Banden der Provinz Polen gebunden sieht.“ Dieser Classe erweisen wir eine wahre Wohlthat, wenn wir fest daran halten und die Staatsregierung unterstützen. Wir machen sie theilhaftig aller großen Wohlthaten des deutschen Reiches, der materiellen und intellektuellen, so daß sie in ihrem späteren Lebensberuf nicht auf einen kleinen Fleiß beschränkt werden. Niemand verdankt es den Herren, wenn sie für ihre Muttersprache kämpfen; aber das materielle Wohl und Gedeihen der ganzen Bevölkerung vertreten sie nach dieser Seite hin nicht. Zur Sache selbst bemerte ich, daß jetzt plötzlich ein großes Wesen davon gemacht wird, daß Laien den katholischen Unterricht an Anstalten der Provinz Polen ertheilen. Aber m. h., das geschieht seit jeher in Schlesien, Westphalen und Osnabrück. Mit einem Male soll der von einem Geistlichen bestätigte Lehrer allein zum Unterricht berechtigt sein! Als Mitbürger der Provinz Polen beteue ich mich im Interesse des Friedens und der Lehranstalten vollständig mit den auch vom praktischen Gesichtspunkte getroffenen Maßregeln der Staatsregierung einverstanden. (Beifall, Bischen im Centrum.)

Darauf wird die Diskussion geschlossen und ist damit die Interpellation erledigt, ohne daß die lange Reihe angemeldeter Redner zum Worte gelangt.

Es folgen nun Wahlprüfungen. Drei eingegangene Proteste, die von den Abtheilungen für irrelevant erklärt worden sind, werden die Wahlen

der Abgeordneten Biesenbach, Wallachs, Heiliger, Kühsam, Gorning, Marx, Moszczenski, Graf Renard, Prinz Hohenlohe, Graf Henckel v. Donnersmark und Maisch für gültig erklärt.

In dem nun folgenden Bericht der 6. Abtheilung wird beantragt, die Wahl der Abg. Domus und Graf Arcu zu beanstanden, bis amtliche Ermitteilungen über die Begründung mehrerer eingegangener Proteste ange stellt sind. Unter anderem wird gegen die Beeinflussung der Wahlen durch die Regierungsorgane protestiert, und die Abtheilung hat deshalb den Beschluss gefasst: „Ihre ausdrückliche Missbilligung der Bemühung amtlicher Publicationsorgane zu Wahlbeeinflussungs-Artikeln auszusprechen.“

Graf Winzingerode befähigt diesen Beschluß der Abtheilung. Einer Partei gegenüber, die durch unzählige Blätter und Blätterchen, sowie durch die einflußreichsten Mittel auf das Volk wirkt, müsse die Regierung Alles aufstellen.

Abg. Windhorst (Meppen): Wenn der Herr Vorredner von Parteiorganen gesprochen hätte, so würde ich nichts zu erinnern haben. Die Herren Freiconservativen scheinen sich aber bereits völlig mit der Regierung zu identifizieren, und die Regierungsorgane für ihre Parteigegne zu halten. Es ist ein unerhörtes Verfahren, wenn ein Abgeordneter die Regierung, welche verprochen hat, unparteiisch und gerecht in dem Wahlkampfe zu sein, zu dem Gegen teil auffordert. (Sehr wahr! im Centrum. Wider spruch im übrigen Hause.) In dem jetzigen Kampfe muß gerade die Regierung die Fahne der Unparteilichkeit hochhalten (Beifall) und ich habe geglaubt gegen das Verfahren des Herrn Vorredner darum mich erheben zu müssen.

Abg. Graf Winzingerode bestreitet, seine Partei oder deren Organe jemals mit der Regierung identifiziert zu haben.

Abg. Kette: Eine Partei, die ihren Schwerpunkt außer dem Lande habe, könne nicht beanspruchen, mit denselben Maße gemessen zu werden, wie andere politische Partien. (Unruhe im Centrum. Allzeitiger Widerspruch.)

Abg. Windhorst (Meppen): Ich freue mich, daß so deutlich im Hause proklamiert worden ist, wir verbinden nicht, mit denselben Maße der Gerechtigkeit wie andere Partien gemessen zu werden. (Pfui! im Centrum. Widerspruch links.) Dem füge ich nichts weiter zu, indem ich jedem Manne im Lande überlasse, zu ermessen, was bei solchem Zustande herauskommen kann. (Beifall im Centrum.)

Abg. Lasker: Der Herr Vorredner hatte soeben eine billige Gelegenheit, um eine Proclamation in das Land zu schicken, seine Partei dürfte nicht mit dem Maße der Gerechtigkeit gemessen zu werden. Ich protestiere dagegen und bemerke, daß der Vorredner den Ausdruck eines Abgeordneten erst so konstruiert und dann einem großen Theil des Hauses beigelegt hat. (Widerspruch im Centrum. Sehr wahr! links.) Die Proclamation ist eine gemachte und keine den Thatsachen entsprechende. (Beifall links.) Auf aus dem Centrum: Herr Lasker konstruiert.

Abg. Hundt v. Hafften: Der Abg. Kette hat seinen Ausdruck nur bedingungsweise gehabt, nämlich ihn nur auf eine Partei bezogen, welche ihren Schwerpunkt nicht in Deutschland, sondern in Rom hat. (Nein; im Centrum.)

Abg. Windhorst (Meppen) fühlt sich dem Herrn Vorredner zum großen Dank verpflichtet, insofern derselbe den Ausdruck des Herrn Abg. Kette, falls er bedingungslos erfolgt wäre, missbilligen würde. Tatsächlich ist dies aber der Fall und ich construire dabei nicht, sondern Herr Lasker deconstruiert.

Abg. Windhorst (Meppen) erklärt eine Wahlbeeinflussung durch die Regierungsorgane für unverträglich mit den konstitutionellen Freiheiten. Deshalb halte er für angemessen, daß das Haus dieses aussprechen und er bringe deshalb den zum Theil bekämpften Beschluß der Abtheilung als eigenen Antrag in das Haus ein.

Abg. Dr. Fiedenthal: Wie auch der Abg. Kette seine Ausführung gemeint haben möge, jedenfalls hat sie missverstanden werden können und war nur der Ausdruck der Meinung des Herrn Abg. Kette, nicht der freiconservativen Fraktion, der er angehört. Im Namen meiner politischen Freunde halte ich es für Pflicht zu constatiren, daß wir keinen andern Maßstab für die Behandlung irgend einer Fraktion dieses Hauses kennen, als den absoluten und gleichmäßigen Gerechtigkeit. Der Abg. Kette hat wohl auch nur sagen wollen, daß den ungewöhnlichen Machtmitteln, welche der Urtreten Partei bei Wahlen zu Gebote stehen, Rechnung zu tragen sei.

Abg. Windhorst (Meppen) beantragt namentliche Abstimmung über den Antrag seines Neffen, der mit 264 gegen 31 Stimmen angenommen wird. Drei Abgeordnete, darunter Graf Winzingerode, enthalten sich der Abstimmung.

In einem zweiten Bericht der 6. Abtheilung wird beantragt:

1) Die Wahl der Abgeordneten Grafen v. Braschka und Rittergutsbesitzer Deloch für gültig zu erklären, 2) Die Alten der Staatsregierung mitzubehen, um wegen Unregelmäßigkeiten und Gesetzwidrigkeiten die geeigneten Rügen und Zurechtweisungen eintreten zu lassen.

Die Unregelmäßigkeiten seien besonders in Neustadt vorgekommen, indem dort die staatsfeindlichen verpflichtigen Urwähler nur mit ihrer direkten Communalsteuer, ohne Einrechnung der Einkommensteuer, und zwar die Bevölkerung nur mit den von ihnen gezahlten halben Communalsteuern, die übrigen Urwähler aber außerdem noch mit der Gewerbe- und Gebäudesteuer veranlagt worden seien.

Regierungs-Commission v. Brauchitsch bittet die Abstimmung über den zweiten Punkt auszuführen, bis die Berichte über die Berliner Wahlen dem Hause mitgetheilt werden. In Berlin, so wie in vielen schlächt- und mahlsteuerpflichtigen Städten liegen die Verhältnisse so wie in Neustadt; und weder die Regierung noch die damit beschäftigten Wahlbeamten könnten in der Aufstellung der Wählerlisten nach den hier bekämpften Grundzügen etwas Ungeßliches erblicken.

Die Abstimmung über den zweiten Theil des Abtheilungsantrages wird demnach auch ausgeführt, die Wahlen selbst werden für gültig erklärt.

Die Wahl des Abgeordneten Warburg zu Altona, der nur eine Stimme über die absolute Majorität erhalten hat, wird, da die Wahl von 26 Wahlmännern kassiert werden soll, von der 1. Abtheilung für ungültig erklärt. Die bedenkliche Ausdehnung, welche das Wahlprüfungsgericht genommen hat und fernerhin zu nehmen droht, giebt dem Abgeordneten Lasker Anlaß zu der Bemerkung, daß die Geschäfte des Hauses nothwendig leiden müssen, wenn es die Legitimation seiner Mitglieder anders als in Form einer Revision der Wahlakten feststellen will, in der unklaren Stellung des Souveräns, des Richters und des Geschworenen hin- und herschwankt und sich dazu verleiht läßt, als höhere Instanz die Legalität jedes einzelnen Wahlaktes in allen seinen Theilen zu untersuchen. Die Geschäftsführung hat die Versammlung mit einem nicht erwünschten Geschäft belastet, das man, wenn es nicht in den zulässig engsten Grenzen abgewendet wird, lieber einer rechtl. Behörde überlassen möchte; man müßte denn annehmen, daß es sich für das Haus nur darum handelt, den einzelnen Tag mit namentlichen Abstimmungen oder Wahlprüfungen tödtzuschlagen. (Sehr wahr!) — Mit großer Majorität beschließt das Haus im Widerspruch zur Abtheilung auf den Antrag des Abg. Lasker (Berlin) die Wahl des Abg. Warburg nicht zu kassieren, sondern nur zu beanstanden und den Minister des Innern aufzufordern, die nötigen amtlichen Ermittlungen begüßt der im Protest an geführten incorrecten Thatsachen erheben zu lassen.

Um 4 Uhr verläßt sich das Haus bis Mittwoch 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste und zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betr. die Civilehe, jodann der Gesetzentwurf über die Wahlsteuerung und Stärke. Ursprünglich wollte der Präident die beiden Gegenstände in der umgekehrten Reihenfolge der Tagesordnung folgen lassen und das Gesetz betr. die Civilehe gegen das Centrum und die Polen beschlossen. Der Abg. Lasker führte aus, daß es sich um eine spruchreiche, von der ganzen Nation rechtlich errogene Frage und um ein Gesetz handle, das in einem Theile der Monarchie bereits längst gelte, während seine Einführung in den übrigen Provinzen im höchsten Grade dringlich und die Gefahr im Verzuge so stark sei, daß unmittelbar nach seinem Zustandekommen ein anderes Gesetz erlassen werden müsse, das die Folgen des gegenwärtigen Zustandes heile und die nicht durch gesetzlich anerkannte Organe geschlossenen Ehen nachträglich legalisire. Sollte sich das Bedürfnis dazu herausstellen, so könne man die Vorlage morgen am Schlüsse der ersten Beratung noch immer an eine Commission verweisen.

Abg. Birchow fügte hinzu, daß eine weitere Verhinderung der Sache unmöglich geworden sei, nachdem man 4 kostbare Wochen dafür verloren habe. Insgesamt ist der Leichnam des Hrn. Dr. Lasker, Hardt in Barmen als Vice-Consul der Vereinigten Staaten von Amerika dafelbst ernannt. Herr Ernst Greif ist Namens des Deutschen Reiches das Exequatur ertheilt worden. — Der praktische Arzt Dr. Leistner zu Cydworth ist zum Kreis-Wundarzt des Kreises Stallupönen ernannt worden.

[Der Königliche Hof] legt hente, den 15. December, die Trauer auf sechs Wochen für Ihre Majestät die verwitwete Königin an.

Dem Wertmeister K. Königius auf Donnersmarckhütte bei Fahrze (Oberschlesien) ist unter dem 12. December d. J. ein Patent auf eine Führungsvorrichtung an Freifall-Erdbohrern zum Drehen derselben auf drei Jahre erteilt worden. — Dem Civil-Ingenieur A. Böttner und dem Nadel fabrikanten H. Freimuth zu Aachen ist unter dem 12. December 1873 ein Patent auf eine Maschine zum Bohren von Nähmaschinennadeln auf drei Jahre erteilt worden. — Dem Ingenieur L. Chr. Böttner zu Zweibrücken ist unter dem 12. December d. J. ein Patent auf eine Gasfeuerung für Wollspinnereien ausgestellt worden. — Dem Bezirks-Maschinemeister Jacob Heberlein zu München ist unter dem 12. December d. J. ein Patent auf eine Vorrichtung zum Ein- und Aushängen von Eisenbahnen-Ruppellungen auf drei Jahre erteilt worden. — Dem Betreiber der Gaswerke Maidstone, Grafschaft Kent, John West, ist unter dem 11. December 1873 ein Patent auf eine Ladenvorrichtung für Leuchtgasretorten auf drei Jahre erteilt worden.

Berlin, 16. December. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen im Laufe des heutigen Vormittags den Vortrag des Chefs des Militär-Cabinets, General-Major von Albedyll, entgegen und empfingen den Chef des Civil-Cabinets, Geheimen Cabinetsrath von Wilmowski.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] ist gestern Abend 8 $\frac{1}{4}$ Uhr von Dresden wieder hier eingetroffen. (Reichs-Anz.)

= Berlin, 16. December. [Aus dem Bundesrat.] Die Königin-Wittwe. — Unterstützungen. — Die Anleihe der Stadt Berlin. — Civilehe.] Die Arbeit des Bundesratsausschusses betrifft fast meist die Fertigstellung der Gesetzesvorlagen für Elsaß-Lothringen. So wurden heute die Entwürfe über die Notariatsgebühren und die Einschaffung des Gesetzes über die Verhältnisse der Elsaß-Lothringen-Landesbeamten berathen. Ende der Woche wird zur Erledigung dieser und anderer dringender Sachen eine Plenarsitzung stattfinden. — Der Preuß. Justizminister Dr. Leonhardt und der Minister des f. Hauses Frhr. v. Schleinitz haben sich nach Dresden begeben um dort nach dem bestehenden Verträge die für die Archiv bestimmt Protokolle über das Ableben der Königin-Wittwe aufzunehmen. Der Justizminister kehrt morgen hier zurück. — Über den näheren Zusammenhang der Klagen, welche täglich vielfach über unausreichende Gewährung von Unterstützungen an die durch die Sturmfluth an der Ostseeküste im November d. J. Betroffenen laut wurden, wird jetzt folgendes zuverlässig bekannt. Die Hilfeleistung aus den überaus reichlichen dazugehörigen Mitteln, wie sie theils durch die Privathäufigkeit aufgebracht, theils vom Staate gewährt wurden, erstreckte sich zunächst auf die überaus große Zahl kleiner Leute, welche um ihr Hab und Gut gekommen waren und fast hilflos dastanden. Erst später wurden dann Wohlhabendere berücksichtigt, während man die Staatsmittel zu öffentlichen Bauten, Herstellung der Schutzwehren &c. verwendete und zwar in einem Umfang, daß die Spuren der Zerstörung fast ganz vernichtet und die Verkehrshemmisse, welche durch die Sturmfluth entstanden waren, beseitigt sind. Nach dieser Richtung hin erscheinen alle Klagen gegenstandslos. Nun sind vor etwa acht Wochen seitens einer Anzahl großer Gewerbetreibender, Ziegeleibesitzer, Holzhändler, Landwirthe beträchtliche Summen gefordert worden und über diese Liquidationen ist man in eine sehr eingehende und genaue Prüfung eingetreten und zwar begnügt des Umfangs und der Form der Gewährung (also ob als Darlehen, Unterstützung &c.) sowie über den direkten Zusammenhang der jetzt angedeuteten Forderungen mit den Folgen der Sturmfluth. Dies Prüfungsgeschäft hat sich namentlich dadurch verzögert, daß die Nachweise aus Stralsund noch nicht zur Stelle waren, die Sache wird aber nun mehr in den aller nächsten Tagen entschieden werden. — Heute sind die Verhandlungen vollständig abgeschlossen worden, welche sich auf die Anleihe der Stadt Berlin bei dem Reichsvalidenfonds zum Anka

[Die an das Staatsministerium gerichtete Cabinets-
Ordnung] in Betreff der Landesträuer lautet:

In Folge des Ablebens Ihrer Maj. der Hochsel. Königin-Wittwe Elisabeth seßt sich die mit dem heutigen Tage beginnende Dauer der Landesträuer auf sechs Wochen fest. Die Directoren und Räthe der Ministerien, die Präsidenten und Räthe der Landes-Collegien, sowie die ihnen im Range gleichstehenden Civilbeamten tragen während der ersten vier Wochen zur Uniform bestellte Spatzen, Agraffen und Cordon, bestelltes Portepée, Flor um den linken Oberarm, schwarze Unterleider und schwarze Handschuhe, und wenn sie bei offiziellen Veranlassungen in Civilleidung erscheinen, Unterleider, wollene Westen und Handschuhe von schwarzer Farbe; dagegen in den letzten zwei Wochen zur Uniform Flor um den linken Oberarm, schwarze Unterleider und weiße Handschuhe, zur Civilleidung schwarze Unterleider, schwarze Weste und weiße Handschuhe. Die Subalternen der genannten Behörden haben zur Trauer einen Flor um den linken Oberarm anzulegen. Offizielle Musikaufführungen, Luitketten, Theater- und Schauspielstufen dürfen in den ersten acht Tagen nicht stattfinden. Das Staatsministerium hat hierauf das Weitere zu veranlassen.

Berlin, den 15. December 1873.

Wilhelm.

Camphausen."

[Der Landratsamtsverweser Graf v. Schwerin] in Schlawe veröffentlicht folgende Erklärung:

Nachdem der Abgeordnete Berger-Witten in der 15. Sitzung des Hauses der Abgeordneten gekauft hat, ein bisheriger Wahlkandidat sei erst zurückgetreten, „nachdem der Landratsamtsverweser ein Circular an Schulzen u. s. w. habe ergeben lassen, daß „der Fürst die Candidatur nicht wünsche“, sehe ich mich veranlaßt, diese Behauptung für eine unwahr zu erklären. Ich habe weder an Schulzen noch an andere Personen ein derartiges Circular ergehen lassen. Schlawe, den 13. December 1873. Der Landratsamtsverweser Graf v. Schwerin.“

Hamburg, 15. December. [Diäten.] In der letzten Bürger-schaftsitzung ist von Herrn Martens der Antrag gestellt worden: den Senat zu ersuchen, daß den Hamburger Reichstagsabgeordneten Tagesselber bewilligt werden. Der Antrag fand genügende Unterstützung und wurde an den ständigen Bürger-Anschuß gewiesen. Seine Unver-einbarkeit mit der Reichsverfassung erscheint uns zweifellos. (N. 3.)

Braunschweig, 13. December. [Verlegung des Com-mandos.] Wie der „Magdeburg. Ztg.“ von gut unterrichteter Seite aus dem Herzogthum mitgetheilt wird, ist an maßgebender Stelle die Frage erwogen worden, ob es nicht ratsam sei, nach dem Ab-gange des bisherigen Commandeur Braunschweigischen Contingents das Commando des letzteren von Braunschweig in eine preußische Stadt zu verlegen; doch dürfte dieser Kelch für diesmal noch an der herzoglichen Residenz vorübergehen. Der Herzog von Braunschweig verneigt sich beharrlich, mit Preußen eine Militär-Convention abzu-schließen, durch welche das braunschweigische Contingent der preußischen Armee einverlebt wird.

Lissa, 13. Decbr. [Die Ultramontanen] halten wieder zusammen. Am 10. d. M. wurde hier eine Vorwahlversammlung der Urwähler des Fraustädter Kreises abgehalten. Da die Polen hier nicht die Hoffnung haben, einen ihrer Landsleute durchzubringen, so stellten sie an die Spitze der Kandidatenliste — einen deutschen Ultramontanen mit polnischem Namen, den Armeebischof Namyszowski. Dieser soll also der Compromiß-Candidat sein, der unsern Kreis auf dem Reichstage repräsentiren soll. Als dritter Kandidat ist der Weihbischof Janizewski aufgestellt. Der fünfte ist der Decan Theimert, ganz am Ende figurirt der Fürst Sulkowski auf Reisen. (Ostd. Ztg.)

Aus Kurhessen, 13. Decbr. [Die renitenten Pastoren.] Wie vorauszusehen war, haben die von dem evangelischen Gesamt-

Consistorium zu Cassel in Folge ihrer beharrlichen Renitenz abgesetzten

neun Pastoren Niederkreisens, an ihrer Spitze der freitare Bilmari

in Melungen, in blödiger Form erklärt, daß sie die über sie ver-

hängte Maßregel, als von einer widerrechtlich eingefezten Behörde

ausgehend, nicht anerkennen und sich daher, die ja allein nur von

Christus abgesetzt werden können, auch fernerhin als die rechtmäßigen

Siehseren der betreffenden Kirchspiele betrachten. Gleichzeitig behaupten

die Herren, daß auch die bisher von ihnen geleiteten Schafe keinem

neuen Hirten folgen, sondern die Heilmittel der Religion allein nur

von den Abgesetzten verlangen dürfen. Eine Zuwidderhandlung gegen

diesen kirchlichen Uras würde also eine neue Art Ketzerei bedeuten.

Indessen ist selbst in den Gemeinden der Abgezogenen die Zahl dieser

vermutlichen Ketzerei groß, daß bei der Schluss-Bilanz die ganze

Opposition ein sehr ärmerliches Resultat aufzuweisen haben wird. Die

Zahl der „Getreuen“ wäre jedenfalls noch geringer, wenn die Regie-

rung nicht schwach genug wäre, den „Privat-Gottesdienst des reinen

Lutherthums in Niederkreis“ durch Gendarmen und Bauern beauf-

sichtigen zu lassen.

(Fr. J.)

Dresden, 16. December. [Der Ertrazug mit der Leiche]

der Königin-Wittwe Elisabeth von Preußen ist um 7½ Uhr von hier abgegangen. Der Einzug im Schlosse wohnte die gesammte

sächsische Königsfamilie mit ihren Hoffstaaten, die Gesandten Preußen

und Baterns, sowie die Hoffstaaten der verewigten Königin-Wittwe

bei. Während des Trauzuges vom Schlosse nach dem Bahnhofe

läuteten die Glocken sämtlicher Kirchen. Im Bahnhofe waren der

König von Sachsen, der Prinz Georg und die Spiken der Behörden

anwesend. Der preußische Gesandte und sächsische Hofcommissär be-

gleiteten die Leiche bis Röderau.

Rudolstadt, 15. December. [Der Landtag] ist plötzlich

bechlußfähig geworden durch Mandat-Niederlegung der Hälfte aller

Abgeordneten. Die Veranlassung gaben persönliche Differenzen. (Fr. J.)

Provinzial-Beitung.

Breslau, 17. Dec. [Angekommene Fremde] Fürst Putibus aus Rügen; Graf v. Haugwitz aus Krappitz; Graf Georg v. Wartenburg aus Kl. Dels.

* Liegnitz, 15. December. [Rinderpest.] Eine außerordentliche Beilage des Amtsblattes veröffentlicht die Maßregeln, welche anlässlich des Aus-bruches der Rinderpest in Wiednik angeordnet worden sind. Für den ganzen Ort Wiednik tritt die absolute Drissperre ein. Das Dorf ist vollständig durch militärische Wachen zu cernieren und gegen jede Art des Verkehrs mit Ausnahme legitimirter Personen und unmöglicher Bedürfnisse für die Ortsbewohner unter besonders anzuordnenden Vorrichtungsmaßregeln ge-sperrt. Der Verkehr der Bewohner unter einander ist auf das Unvermeidliche zu beschränken, Gottesdienst, Schule und andere Versammlungen dürfen nicht abgehalten werden, die Schänken und Gasthäuser sind zu schließen. Die durch den Ort führenden Straßen sind einzufüllen zu verlegen. — Für den ganzen Kreis Hoyerswerda sind außerdem besondere Vorrichtungsmaßregeln bezüglich der Revision des Viehstandes angeordnet.

J. P. Aus der Grafschaft Glatz, 16. Decbr. [Zur Wahl.] Die ausdrückliche Genehmigung des Herrn Canonicus Dr. Küntzler, ihn als Candidat für die Reichstagswahl im Glatz-Habschwerder Wahlkreis definitiv aufstellen zu dürfen, ist erst vorgestern dem Wahlcomite zugegangen. Sie konnte nicht eher eingeholt werden, als bis die Vereinigung der freiconservativen und liberalen Partei bewirkt war und der von ersterer bereits aufgestellte Wahlkandidat, Frhr. v. Münchhausen auf Nieder-Schweideldorf, auf die Candidatur verzichtet hatte. Beides ist erst vor wenigen Tagen erfolgt. Insofern war also die von der „Germania“ gebrachte Notiz verfehlt. Aber richtig ist leider, daß Dr. Küntzler von dem Augenblick an, in welchem er seitens einiger Mitglieder des liberalen Wahlcomite's als Candidat in Vor-schlag gebracht worden war, von mehreren Seiten, ganz besonders aber von Seiten „seines Bischofs“ angegangen worden ist, entweder auf die Wahl zu verzichten, oder zu geloben, sich nur dem Centrum anzuschließen und stets mit demselben stimmen zu wollen. In letzterer Falle würde man selbst seine Wahl bestens empfehlen. Dieses Drängen und Peinigen soll in letzter Zeit sogar in einer Weise erfolgt sein, die manchen Anderen zur Verzichtleistung

bestimmt haben würde. Geradezu empörend sollen namentlich die Drohungen sein, welche sich ein Redacteur in einem plumpen Schreiben an Dr. Küntzler erlaubt habe. Wenn das Schreiben in Wahrheit so lautet, wie mir ange-deutet worden, als dann verdient es öffentlich und würdig bekannt gemacht zu werden zur Kennzeichnung der jesuitisch-clericalen Partei und der Mittel und Waffen, deren sich dieselbe bedienen zu müssen glaubt, um ihre verwer-flichen Zwecke zu erreichen. So sehr nun aber auch der vom Fürstbischof an Dr. Küntzler zur Bearbeitung abgehandelte Prälatur in Vorstellungen und War-nungen sich abgemüht und so haarräuberisch auch der überstromende Redacteur gebringt: — Herr Dr. Küntzler ist standhaft geblieben und hat mit aller Ent-schiedenheit erklärt, daß er jetzt die eventuell auf ihn fallende Wahl unbedingt annnehmen und sich auch an keinen Fall dem Centrum anschließen, an allen weiteren mit demselben stimmen werde. — Das vereinigte Wahlcomite hat nun einen Wahlaufruf erlossen und in demselben alle die Gründe ange geben, welche es bewegen, Herrn Dr. Küntzler zum Abgeordneten für den deutschen Reichstag sämtlichen Wahlern zu empfehlen. — Die clericalen Partei dagegen hat — wie bei den Wahlen für das preußische Abgeordneten-haus — so auch für den deutschen Reichstag wieder den bekannten Mitarbeiter des rabenschwarzen „Gebirgsboten“, Hauptmann a. D. und Ritterguts-besitzer v. Ludwig zu Neuwaltersdorf aufgestellt.

X Münsterberg, 15. December. [Die Stadtverordneten-Wahlen]

— Der Vorschub erein. — Die Synodalordnung. — Der in Nr. 561 mitgetheilte Ausfall der hiesigen Stadtverordnetenwahlen hat zur Folge gehabt, daß eine schon öffentlich bekannt gemachte Sitzung der Stadtverordneten ausfallen mußte und solche bis auf Weiteres nicht abgehalten werden können, weil der Vorsteher, dessen Stellvertreter und der Schriftführer ihren Austritt erklärten haben und unseren Clericalen das Feld freigemacht. Bei der künftig zu vollziehenden Erstwahl wird die katholische Geistlichkeit weniger Anstrengung entfalten dürfen und nicht nötig haben, Leute, die noch bei keiner Wahl gewesen, zu derselben zu nötigen, da hoffentlich die Gegenpartei sich der Wahl enthalten wird und deshalb noch 3 infallibilistische Candidaten die beste Aussicht haben, über das Stadtsädel mitberaten zu können, und die römisch-katholische Kirche dann gerettet sein wird, daß bei solcher Einseitigkeit — die Stadtverordneten werden dann bis auf 2 römisch-katholisch sein — das Wahl der Stadt schwerlich befördert wird, dürfte zweifellos und ebenso gewiß sein, daß die gehorsamen Bürger, wenn sie später bei der Steuerzahlung werden tiefer in die Tasche greifen müssen, der Geistlichkeit künftig einen gewissen Dank sagen und zur Überzeugung kommen werden, daß es nicht gut ist, wenn die Geistlichkeit die communalen Angelegenheiten vor ihr Forum zieht. — In der letzten Generalversammlung des hiesigen Vorstandvereins kam eine Angelegenheit, die durch Mittheilungen in Localblättern auch in anderen Kreisen bekannt wurde, zur Erledigung. Aus der reichhaltigen Tages-Ordnung durfte allgemeines Interesse beanspruchen: 1) Punkt 1 der Tages-Ordnung, geschäftliche Mitteilungen. Aus demselben ging hervor, daß gegen das Vorjahr die Geschäfte sich vermehrt haben und daß bei den Effecten, welche im Besitz des Vereins sind, die Differenz zwischen dem Ankaufspreise und dem Courswerth keine erhebliche ist. 2. Punkt 3. Beschwerde gegen den Vereins-Kassirer. Im Monat Juli beantrachten Mitglieder wegen Beschwerden gegen den Kassirer eine außerordentliche General-Versammlung und wurde in derselben am 3. August eine Commission zu deren Untersuchung gewählt. Diese Commission erstattete ihren Bericht und die Versammlung erachtete mit großer Majorität den Kassirer als nicht schuldig. 3. Punkt 8. Antrag von 21 Mitgliedern auf Ausschließung von 2 Mitgliedern. Diese Beiden gehörten zu den vorerwähnten Beschwerdeführern und sprach sich die Versammlung gegen deren Ausschließung aus. Die übrigen Punkte betrafen Zusätze zur Geschäfts-Instruction, Declarierung der letzten Rechnung, Wahl eines Controleurs, von 4 Ausschümpfungsleuten und mehreren Stellvertretern. — Am 12. d. M. wurde eine Vor-wahlversammlung in Betreff der Wahlen zum evangelischen Gemeinde-Kirchen-Rat und der Gemeinde-Berziehung abgehalten, in welcher Herr Pastor Kirchhofen die neue Kirchen-Ordnung erläuterte, über die verschiedenen Richtungen in der evangelischen Kirche sprach und schließlich hervorhob, daß die neue Kirchen-Ordnung die Verwaltung, welche seit der Reformation die Fürsten inne gehabt, der Gemeinde anheimgebe, also die Selbstverwaltung bewege. Es wurden verschiedene Candidaten vorgeschlagen und soll über dieselben in einer Versammlung am 29. abgestimmt werden.

Heinrichau, 16. Decr. [Sperrung.] Dem Caplan Buchmann ist am

15. December die Ausübung kirchlicher Functionen staatlich untersagt und das Gehalt gesperrt worden. (Schl. B.-Ztg.)

R. Strebeln, 16. Decr. [Zu den Wahlen.] Die von den Orlauern aufgestellte Reichstagscandidatur des Landrats a. D. Dr. Friedenthal findet auch in unserer Stadt den größten Anklang. Wir erwarten, daß auch die Landbevölkerung hiermit zufrieden sein werde. Wer von den Grundbesitzern noch die Verhandlungen über die Kreisordnung sich erinnert, der muß mit Sicher für die Wahl des Landrats Friedenthal warten. Fürwahr, die Orlauer haben trefflich gedacht. Rächt dem Neisser Kreise haben wir das erste Anrecht auf diesen Vertreter unserer Interessen. Die römischen Dinkelmänner des Neisser Kreises haben, kein Verständniß für seine großen Verdienste; sie sind einmal undankbar gewesen und werden wieder sein. Dieser verdiente, hervorragende schlesische Abgeordnete muß wieder einen schlesischen Kreis vertreten. Wir sind die Nachbarn und wir werden ihn wählen.

Döppeln, 15. Decbr. [Herr Kreisvicar Büch.]. Heute stand vor der heutigen Criminal-Deputation Termin in der Untersuchungssache wider den Kreisvicar Büch in Czarnowanz an wegen widerrechtlicher Ausübung geistlicher Amtshandlungen. Nach anderthalbstündiger Verhandlung, in welcher der Bruder des Angeklagten, der Appell.-Gerichts-Referendar Leopold Büch, die Vertheidigung führte, wurde beschlossen, Beweis zu erheben, durch amtliche Auskunft des fürstbischöflichen General-Bicariat-Amtes zu Breslau darüber:

- 1) ob der Angeklagte schon vor dem 11. Mai 1873 Kreisvicar von Czarnowanz gewesen ist, und
- 2) ob Raszau zum Bezirk der Kreisvicare von Czarnowanz gehöre.

(Schl. B.-Ztg.)

Telegraphische Witterungsberichte vom 16. December.

Ort.	Bar. Par. Lin.	Therm. Reaum.	Abweich. vom Mittel.	Wind-richtung und Stärke.	Allgemeine Himmels-Ansicht.
Auswärtige Stationen:					
8. Parapanda	325,3	0,5	—	S. stille.	Schnee, Nordlicht.
8. Petersburg	331,3	0,7	—	S. schwach.	bedeckt.
Miga	—	—	—	—	—
8. Moskau	328,0	0,0	—	W. lebhaft.	bedeckt.
8. Stockholm	328,0	3,9	—	SW. lebhaft.	bewölkt.
8. Sudeßnäs	—	—	—	—	—
8. Gröningen	333,4	4,6	—	SSW. mäßig.	bedeckt.
8. Helder	333,9	7,3	—	SW. & S. Sturm.	—
8. Hernsland	324,5	0,9	—	SW. schwach.	bewölkt.
8. Christianst.	—	—	—	—	—
8. Paris	—	—	—	—	—
Preußische Stationen:					
6. Niemel	334,5	4,3	5,3	W. stark.	bedeckt.
7. Königsberg	334,5	2,6	3,8	SW. & stark.	bedeckt.
6. Danzig	335,7	2,6	2,6	—	bedeckt.
7. Cöslin	333,9	0,0	0,3	SW. stark.	ganz bedeckt.
6. Stettin	336,0	0,4	—	W. stark.	bedeckt.
6. Putbus	332,1	0,8	0,9	SW. stark.	bedeckt.
6. Berlin	336,3	0,5	0,2	S. lebhaft.	ganz bedeckt.
6. Bösen	333,9	1,0	1,9	W. stark.	bedeckt.
6. Ratibor	329,4	1,2	3,5	SW. lebhaft.	bedeckt.
6. Breslau	332,8	1,1	2,2	W. schwach.	tribüe.
6. Torgau	335,0	—			

Berliner Börse vom 16. December 1873.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	15	141 $\frac{3}{4}$	bz.
do	do	2 M.	5	140 $\frac{3}{4}$
Augsburg	100 Fl.	2 M.	5	56.18 G.
Frankf.a.M.100Fl.	2 M.	4 $\frac{1}{2}$	99 $\frac{3}{4}$	G.
Leipzig	100 Thir.	8 T.	5 $\frac{1}{2}$	99 $\frac{3}{4}$
London	1 Lst.	3 M.	4 $\frac{1}{2}$	62.21 $\frac{1}{2}$
Paris	300 Frs.	10 T.	5	80 $\frac{1}{2}$
Petersburg	1000 R.	5 M.	6 $\frac{1}{2}$	89 $\frac{1}{2}$
Warschau	150 Fl.	8 T.	5	81 $\frac{1}{2}$
Wien	150 Fl.	8 T.	5	88 $\frac{1}{2}$
do	do	2 M.	5	88 $\frac{1}{2}$

Fonds- und Geld-Course.

Freib. Staats-Anleihe	4 $\frac{1}{2}$	101 $\frac{1}{2}$	bz.
Staats-Anl.	4 $\frac{1}{2}$ 0% jöge	101 $\frac{1}{2}$	bz.
do	consolid.	105 $\frac{1}{2}$	bz.
do	40% jöge	99 $\frac{3}{4}$	G.
Staats-Schuldscheine	3 $\frac{1}{2}$	92 $\frac{1}{2}$	bz.
Prüm-Anleihe v. 1853	3 $\frac{1}{2}$	121 $\frac{1}{2}$	bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4 $\frac{1}{2}$	101 $\frac{1}{2}$	bz.
Berliner	4 $\frac{1}{2}$	100 $\frac{1}{2}$	bz.
Pommersche	3 $\frac{1}{2}$	80 $\frac{1}{2}$	G.
Possensche	4 $\frac{1}{2}$	89 $\frac{1}{2}$	bz.
Schlesische	3 $\frac{1}{2}$	80 $\frac{1}{2}$	bz.
Kur.-u. Neumärk.	4 $\frac{1}{2}$	95 $\frac{1}{2}$	bz.
Pommersche	4 $\frac{1}{2}$	95 $\frac{1}{2}$	bz.
Possensche	4 $\frac{1}{2}$	94 $\frac{1}{2}$	bz.
Preussische	4 $\frac{1}{2}$	95 $\frac{1}{2}$	bz.
Westfl. u. rhein.	4 $\frac{1}{2}$	96 $\frac{1}{2}$	bz.
Sächsische	4 $\frac{1}{2}$	98 $\frac{1}{2}$	bz.
Badische Präm.-Anl.	4 $\frac{1}{2}$	112 $\frac{1}{2}$	G.
Bayerische 40% Anleihe	3 $\frac{1}{2}$	113 $\frac{1}{2}$	G.
Cöln-Mind.Prammensch.	3 $\frac{1}{2}$	92 $\frac{1}{2}$	bz.
Kurb. 40 Thlr.-Loose	69 $\frac{1}{2}$	G.	
Badische 35 Fl.-Loose	35 $\frac{1}{2}$	G.	
Braunschw. Präm.-Anl.	2 $\frac{1}{2}$	bz.	
Oldenburger Loose	37 G.		

Louis'dor —	Dollars 1.11 $\frac{1}{2}$	G.
Sovereigns 2.62	Frm'd. Bkn. 90 $\frac{1}{2}$	bz.
Napoleons 5 10 $\frac{1}{2}$	Oest. Bkn. 88 $\frac{1}{2}$	bz.
Imperials 5 15 $\frac{1}{2}$	Russ. Bkn. 81 $\frac{1}{2}$	bz.

	10	5
Oest. Nordwestb.	5	5
Oest. Süd-St. B.	4	4
Ostpreuss. Süd.	0	0
Rechte-U.-Bahn	6	6
Reichenberg-Pard	4 $\frac{1}{2}$	4 $\frac{1}{2}$
Rhein-Nahe-Bahn	10	9 $\frac{1}{2}$
Rhein-Eisenbahn	5 $\frac{1}{2}$	33 $\frac{1}{2}$
Schweiz-Westbahn	2	19 $\frac{1}{2}$
Stargard-Posener	4 $\frac{1}{2}$	4 $\frac{1}{2}$
Thüringer	10 $\frac{1}{2}$	9
Warschau-Wien	10	5

	5	84 $\frac{1}{2}$
Eisenbahn - Stamm - Prioritäts - Actionen.	5	103 $\frac{1}{2}$
Berlin, Göttinger	5	5
Berlin, Nordbahn	5	34
Breslau-Warschau	5	20
Halle-Sorau-Gub.	5	60 $\frac{1}{2}$
Hannover-Altenb.	5	69 $\frac{1}{2}$
Kohlfurt Falkenberg	2 $\frac{1}{2}$	79 $\frac{1}{2}$
Märkisch-Posener	1 $\frac{1}{2}$	68 $\frac{1}{2}$
Magdeb.-Halberst.	3 $\frac{1}{2}$	70 $\frac{1}{2}$
do, Lit. C.	5	102 $\frac{1}{2}$
Oest. Nordwestb.	5	109 $\frac{1}{2}$
Oest. Süd-St. B.	4	4
Ostpreuss. Süd.	0	0
Rechte-U.-Bahn	3	6
Reichenberg-Pard	4 $\frac{1}{2}$	64 $\frac{1}{2}$
Rhein-Nahe-Bahn	10	141 $\frac{1}{2}$
Rhein-Eisenbahn	5 $\frac{1}{2}$	25 $\frac{1}{2}$
Schweiz-Westbahn	2	38 $\frac{1}{2}$
Stargard-Posener	4 $\frac{1}{2}$	100 $\frac{1}{2}$
do	5	136 $\frac{1}{2}$
do	10	5

	5	84 $\frac{1}{2}$
	5	103 $\frac{1}{2}$
	5	34
	5	20
	5	60 $\frac{1}{2}$
	5	69 $\frac{1}{2}$
	5	79 $\frac{1}{2}$
	5	68 $\frac{1}{2}$
	5	41 $\frac{1}{2}$
	5	102 $\frac{1}{2}$
	5	109 $\frac{1}{2}$
	5	100 $\frac{1}{2}$
	5	47 $\frac{1}{2}$
	5	119 $\frac{1}{2}$
	5	67 $\frac{1}{2}$
	5	17 $\frac{1}{2}$
	5	122 $\frac{1}{2}$
	5	141 $\frac{1}{2}$
	5	25 $\frac{1}{2}$
	5	32
	5	38 $\frac{1}{2}$
	5	121 $\frac{1}{2}$
	5	81
	5	42 $\frac{1}{2}$

	5	84 $\frac{1}{2}$
	5	103 $\frac{1}{2}$
	5	34
	5	20
	5	60 $\frac{1}{2}$
	5	69 $\frac{1}{2}$
	5	79 $\frac{1}{2}$
	5	68 $\frac{1}{2}$
	5	41 $\frac{1}{2}$
	5	102 $\frac{1}{2}$
	5	109 $\frac{1}{2}$
	5	100 $\frac{1}{2}$
	5	47 $\frac{1}{2}$
	5	119 $\frac{1}{2}$
	5	67 $\frac{1}{2}$
	5	17 $\frac{1}{2}$
	5	122 $\frac{1}{2}$
	5	141 $\frac{1}{2}$
	5	25 $\frac{1}{2}$
	5	32
	5	38 $\frac{1}{2}$
	5	121 $\frac{1}{2}$
	5	81
	5	42 $\frac{1}{2}$

	5	84 $\frac{1}{2}$
	5	103 $\frac{1}{2}$
	5	34
	5	20
	5	60 $\frac{1}{2}$
	5	69 $\frac{1}{2}$
	5	79 $\frac{1}{2}$
	5	68 $\frac{1}{2}$
	5	41 $\frac{1}{2}$
	5	102 $\frac{1}{2}$
	5	109 $\frac{1}{2}$
	5	100 $\frac{1}{2}$
	5	47 $\frac{1}{2}$
	5	119 $\frac{1}{2}$
	5	67 $\frac{1}{2}$
	5	17 $\frac{1}{2}$
	5	122 $\frac{1}{2}$
	5	141 $\frac{1}{2}$
	5	25 $\frac{1}{2}$
	5	32
	5	38 $\frac{1}{2}$
	5	121 $\frac{1}{2}$
	5	81
	5	42 $\frac{1}{2}$

	5	84 $\frac{1}{2}$

<